



Sachsen-Anhalt ist erste Wahl

(WEITER GEHT'S AM 22. SEPTEMBER)

„Der politische Wechsel in Sachsen-Anhalt ist erreicht“, sagte der künftige Ministerpräsident Wolfgang Böhmer am Montag nach der Wahl und nach den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Berlin.

Die SPD sei vor acht Jahren angetreten, um mit dem

Magdeburger Tolerierungsmodell die PDS zu entzaubern. „Gestern Abend haben die Sozialdemokraten ihre eigene Entzauberung erleben müssen“, erklärte Böhmer. Mit diesem Wahlergebnis werde sich die politische Struktur in Sachsen-Anhalt grundlegend ändern.

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

LAURENZ MEYER:

Das Frühjahrgutachten 2002 ist ein Armutszeugnis für die Regierung Schröder
SEITE 9

DOKUMENTATION

Familien mit Kindern brauchen neuen Stellenwert in der Gesellschaft. F. Merz und M. Böhmer antworten auf Regierungserklärung des Bundeskanzlers

■ Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 21. April. Das vorläufige amtliche Endergebnis. Mandatsverteilung. Vergleich mit der letzten Bundestagswahl und mit den Europawahlen (Seite 4–6) ■ Höllensturz. Im Sog des Untergangs. Wechselstimmung. Pressekommentare zur Wahl (Seite 6–7) ■ Stoiber und die Unionsparteien liegen in der Wirtschaftskompetenz vorn (Seite 8) ■ Peter Hintze: Desaster für die französischen Sozialisten (Seite 10) ■ Norbert Röttgen zum neuen Parteiengesetz: Weil wir so viel erreicht haben, können wir diesem Gesetz zustimmen (Seite 14–15) ■ Betriebsratswahlen sind so wichtig wie politische Wahlen. Antworten auf UiD-Fragen an zwei Betriebsräte (Seite 16–18) ■ Gerald Weiß: Große Zustimmung zur vermögenspolitischen Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 18)

IMPRESSUM



WOLFGANG BÖHMER:

Politische Bedeutung über Sachsen-Anhalt hinaus

Fortsetzung von Seite 1

Zugleich kündigte Böhmer Koalitionsverhandlungen mit der FDP an: „Wir wollen für die Menschen und das Land eine neue Politik zu machen.“

Der Landesvorsitzende wies darauf hin, dass Sachsen-Anhalt in den letzten acht Jahren nur noch verwaltet worden sei. Es habe keine „prospektive Gestaltungspolitik“ mehr gegeben, da die SPD von „Fall zu Fall Vereinbarungen mit der PDS“ habe treffen müssen. Das Ergebnis für Sachsen-Anhalt: Stagnation.

Auf Grund dieser schlechten Ausgangslage werde die Union jetzt unverzüglich die Ärmel hochkrempeln und anpacken. Zugleich machte Wolfgang Böhmer deutlich, dass das Wahlergebnis politische Bedeutung weit über Sachsen-Anhalt hinaus habe. „Wir haben ein Zeichen dafür

gesetzt, dass die Union in Deutschland siegen kann, dass wir den Wechsel herbeiführen können.“

■
Angela Merkel: Mit „Versprochen – Gebrochen – Verkrochen“ kann Schröder die Bundestagswahl am 22. September nicht gewinnen.

Auch die Parteivorsitzende wertete den Ausgang der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt als ein positives Signal für die Bundestagswahl. Es gebe jedoch „keinerlei Grund“, sich in Selbstzufriedenheit zu wiegen.

Angela Merkel: „Vor uns liegt harte Arbeit, um die Menschen in diesem Lande zu überzeugen.“ In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass der Kanzlerkandidat der Union in der Wirtschaftskompetenz weit

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proftilich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

URSULA HEINEN:

Hervorragendes Ergebnis bei den Jungwählern

Zum Ergebnis der Landtagswahlen erklärte die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die CDU hat bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt einen doppelten Sieg errungen.

gegen bei den jungen Wählern ab und muss sich mit lediglich 14 Prozent begnügen.

Quittung

Die SPD hat die Quittung für acht Jahre Miswirtschaft und eine desaströse Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik bekommen. Das Ergebnis zeigt aber auch, dass die bürgerliche Mitte junge Menschen in Sachsen-Anhalt anspricht. Die CDU wird den Auftrag der Jungwähler jetzt erfüllen und ihnen reale Chancen für eine gesicherte Zukunft in Sachsen-Anhalt bieten.

Absturz der SPD

Neben dem grossartigen Ergebnis konnte sie sich bei den Jugendlichen unter 30 Jahren nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen 37 Prozent der abgegebenen Stimmen und damit ein sensationelles Plus von 24 Prozentpunkten sichern. Die SPD stürzte da-

auf die schlechte arbeitsmarktpolitische und wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt zurückzuführen. Insgesamt befinde sich Deutschland in einer „außerordentlich schwierigen Situation“ mit zahlreichen ungelösten Strukturproblemen.

Verantwortlich dafür sei die rot-grüne Bundesregierung, deren Politik geschei-

tert sei. Zu den Umfragewerten, die Schröder vor Stoiber zeigen, sagte der bayerische Ministerpräsident: „Es geht nicht um Personen, sondern es geht um die Politik, für die er und ich stehen“. Und allein Schröders Politik habe dazu geführt, dass Deutschland jetzt europaweit die „rote Laterne“ trage.

UD

vor dem Amtsinhaber liege. Das sei auch richtig so, schließlich habe Stoiber mit seiner Arbeit in Bayern gezeigt, wie man erfolgreich Politik macht.

„Bemerkenswert“ sei zudem, so Angela Merkel, dass „sich der sozialdemokratische Parteivorsitzende an einem Tag wie heute nicht einmal mehr vor die Fernsehkameras traute“. Zum ersten Mal sei bei Schröder so etwas wie „Feigheit vor den Medien“ zu beobachten.

Das Motto „Versprochen – Gebrochen“ muss erweitert werden. Mit „Versprochen – Gebrochen – Verkrochen“ könne Schröder erst recht keine Bundestagswahl mehr gewinnen.

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber: Es geht nicht um Personen, sondern um die Politik, für die Schröder und ich stehen

Der Kanzlerkandidat der Union Edmund Stoiber betonte, die Landtagswahl sei zwar keine „Testwahl“ für den Bund gewesen. Dennoch habe jede Landtagswahl auch eine bundespolitische Bedeutung. Die Stimmenverluste der SPD und die geringe Wahlbeteiligung seien

Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002

	Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2002		Landtagswahl Sachsen-Anhalt 1998		Differenz
	(Zweitstimmen)		(Zweitstimmen)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2.108.566		2.148.365		
Wahlbeteiligung	1.190.769	56,5	1.535.433	71,5	-15,0
gültige Stimmen	1.160.972		1.495.531		
CDU	433.430	37,3	329.282	22,0	+15,3
PDS	236.394	20,4	293.475	19,6	+0,8
SPD	231.842	20,0	536.501	35,9	-15,9
FDP	154.246	13,3	63.250	4,2	+9,1
Schill	52.538	4,5			+4,5
Bündnis 90/Die Grünen	22.682	2,0	48.542	3,2	-1,2
Freiheitl. Deutsche Volkspartei	9.729	0,8			+0,8
Spaßpartei	7.769	0,7			+0,7
Initiative Pro D-Mark	4.247	0,4			+0,4
MLPD	2.620	0,2			+0,2
Sonstige	5.475	0,5	224.481	15,0 1)	-14,5

1) darunter DVU: 12,9 % (Die DVU tritt 2002 nicht an)

Mandatsverteilung

	Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2002		Landtagswahl Sachsen-Anhalt 1998		Differenz
CDU	48	(48)	28	(2)	+20
SPD	25	(1)	47	(47)	-22
PDS	25		25	(4)	0
FDP	17				+17
DVU			16		-16
Summe	115	(49)	116	(53)	-1

in Klammern: Direktmandate

Sitzverteilung seit 1990: ■ 1990 CDU: 48, SPD: 27, FDP: 14, Grüne: 5, PDS: 12 ■ 1994 CDU: 37, SPD: 36, FDP: kein Mandat, Grüne: 5, PDS: 21 ■ 1998 CDU: 28, SPD: 47, FDP: kein Mandat, Grüne: kein Mandat, PDS: 25

Die Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2002 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2002 (Zweitstimmen)			Landtagswahl Sachsen-Anhalt 1998 (Zweitstimmen)			Europawahl 1999			Bundestagswahl 1998 (Zweitstimmen)		
	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Diff. BÜW/EW	Anzahl	%	Diff. BÜW/BW
Wahlberechtigte	2.108.566			2.148.365			2.144.993			2.149.785		
Wahlbeteiligung	1.190.769	56,5	-15,0	1.535.433	71,5		1.062.305	49,5	+7,0	1.657.621	77,1	-20,6
gültige Stimmen	1.160.972			1.495.531			1.022.983			1.631.177		
CDU	433.430	37,3	+15,3	329.282	22,0		406.036	39,7	-2,4	444.311	27,2	+10,1
PDS	236.394	20,4	+0,8	293.475	19,6		213.539	20,9	-0,5	337.393	20,7	-0,3
SPD	231.842	20,0	-15,9	536.501	35,9		273.077	26,7	-6,7	620.771	38,1	-18,1
FDP	154.246	13,3	+9,1	63.250	4,2		29.265	2,9	+10,4	66.428	4,1	+9,2
Schill	52.538	4,5	+4,5						+4,5			+4,5
Grüne	22.682	2,0	-1,2	48.542	3,2		21.335	2,1	-0,1	54.538	3,3	-1,3
FDVP	9.729	0,8	+0,8						+0,8			+0,8
Spass	7.769	0,7	+0,7						+0,7			+0,7
Pro DM	4.247	0,4	+0,4						+0,4			+0,4
MLPD	2.620	0,2	+0,2						+0,2			+0,2
Sonstige	5.475	0,5	-14,5	224.481	15,0 ¹⁾		79.731	7,8	-7,3	107.736	6,6	-6,1

1) darunter DVU: 12,9 % (Die DVU tritt 2002 nicht an)

2) Vergleichsergebnisse von 'MLPD' und 'Pro DM' bei der Bundestagswahl 1998 und der Europawahl 1999 wurden vom Statistischem Landesamt nicht veröffentlicht.

119/77

Weitere Ergebniszahlen: Erst- und Zweitstimmenergebnisse der Wahlkreise, Ergebnisse nach Wahlkreisen, regionale Besonderheiten. Und: die vorläufig gewählten Abgeordneten: www.cdu.de



Höllenstein. Die Wahlen 1998 hatten den SPD-Ministerpräsidenten Höppner erhöht, die Wahlen diesmal stürzen ihn tief - so tief, dass es untertrieben ist, von einer Niederlage zu reden. Das Wahlergebnis vom Sonntag ist ein Höllensturz für die Sozialdemokraten.

Süddeutsche Zeitung

Ohrfeige. Nein, Herr Müntefering, das war kein regionales Wahlergebnis. Das war eine schallende Ohrfeige für eine Politik der rot-grünen Bundesregierung in Berlin - ein klares Signal für die Bundestagswahlen im Herbst. Sachsen-Anhalt ist zur Zeit nämlich nicht mehr und nicht weniger als die Bundesrepublik im Kleinen. Ist Deutschland Schlusslicht in Europa, so weist Sachsen-Anhalt das geringste Wachstum in Deutschland auf.

B.Z. (Berlin)

Schröders Problem. Mit aller Macht dürfte sich Schröder in den kommenden Tagen dagegen stemmen, dass das vorliegende Resultat mehr als ein lokales Er-

eignis sei. Wenn es nämlich stimmt, dass die Bundestagswahl in den neuen Ländern entschieden wird, dann hat der Kanzler ein Problem. Seine Bilanz ist trotz gelegentlicher Ausflüge gerade im Osten dürftig.

Thüringer Allgemeine

Vom hohen Ross runter.

Schröder hat jetzt endgültig keine Mehrheit mehr im Bundesrat. Da helfen auch keine Steuergeschenke weiter. Aus dem Patt, das noch beim Zuwanderungsgesetz bestimmend war, ist nun ein klarer Vorteil der Opposition geworden. Aus der Sicht des Bürgers ist die Lage nun etwas angenehmer, weil nämlich der Erdrutsch vom Sonntag und die SPD-Affären dazu führen werden, Schröder und Müntefering von ihrem hohen Ross herunter zu holen.

Freie Presse (Chemnitz)

Sog des Untergangs.

Sachsen-Anhalt war der Vorlauf für die Bundestagswahl. Und den hat Schröder klar gegen den Bayern verloren. Dem Modell Rot-Rot traute selbst der Osten keine Zu-

kunft zu. Magdeburg - auch der Anfang vom Ende für Rot-Grün im Blick auf den 22. September? Sicher ist: Die Grünen haben eine politische Bedeutung erlangt, die gegen Null geht. Und auf Dauer lässt sich mit Verlierern schlecht Staat machen. Man gerät zu schnell in den Sog des Untergangs.

Pforzheimer Zeitung

Wechselstimmung.

Die Wähler des Landes mit der höchsten Arbeitslosigkeit haben Ministerpräsident Höppner vor allem das vorgeworfen, was letztlich Schröder angelastet wird: die Probleme der Wirtschaft und vor allem des Arbeitsmarktes nicht tatkräftig genug angepackt zu haben. Schröder wird sich darauf einstellen müssen, dass er dafür auch am 22. September die Quittung bekommt. Der Osten signalisiert eine Wechselstimmung.

Schwäbische Zeitung

Auslaufmodell.

Das „Magdeburger Modell“ ist an die Wand gefahren, und die SPD muss Totalschaden vermelden. Dass ihr Beifahr-



er PDS sogar noch gestärkt aus dem Tolerierungswrack steigt, nützt den Post-Kommunisten wenig. Klare Wahlsieger sind CDU und FDP, die nun die roten Laternen in Sachsen-Anhalt ausblasen dürfen. Doch das Beben von Magdeburg erschüttert auch Berlin. Erneut hat sich gezeigt, dass Rot-Grün ein Auslaufmodell ist. Bewiesen ist auch, dass die Kumpanei mit der PDS am meisten den Sozialdemokraten schadet.

Heilbronner Stimme

Nicht nur eine Delle.

Schröder kann nicht so tun, als handle es sich in Sachsen-Anhalt nur um eine Delle beim Einparken. Dazu sind die Alarmzeichen für Rot-Grün zu schrill. Nach diesen Signalen kann sich Schröder nicht länger mit „ruhiger Hand“ zurücklehnen und auf seine Popularität als Kanzler setzen.

Südwest Presse

Klarer Auftrag.

Deutlicher konnte das Urteil der Wähler nicht ausfallen. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Wolfgang Böhmer

hat einen sensationellen Sieg eingefahren – und einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Es war keine Testwahl, aber für die Bundestagswahl in fünf Monaten in mehrfacher Hinsicht ein Stimmungssignal. In der CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Edmund Stoiber wächst die Zuversicht, auch in Berlin den Machtwechsel zu schaffen.

Neue Ruhr/Rhein Zeitung

Jetzt auch das noch.

Die Kölner Spendenaffäre ist längst nicht überstanden. Münteferings unglücklicher Auftritt im Untersuchungsausschuss wirkt nach. Ganz zu schweigen von den problematischen Wirtschaftsdaten, vom drohenden Streik in der Metallindustrie – jetzt kommt zu der Fülle schlechter Nachrichten auch noch Sachsen-Anhalt hinzu.

Berliner Zeitung

Kompromisslos.

Jetzt ist alles so gekommen, wie es die Kleinmütigen nicht wahr haben sollten: In Sachsen-Anhalt ist ein klarer Richtungswechsel vollzogen. Von Rot-Rot zu Schwarz-

Geld. Das ist das Beste, was dem Land passieren kann – wegen des kompromisslosen Einschnitts, den diese Wählerentscheidung bedeutet. Die Stimmung im Land war zuletzt so schlecht, das Selbstvertrauen der Bürger so sehr in den Keller gerutscht, dass nur ein eindeutiger Neuanfang auch eine neue Hoffnung geben kann. In Sachsen-Anhalt ist ein Politikmodell gescheitert.

Mitteldeutsche Zeitung

Vorgeschmack.

Der Schlag von Sachsen-Anhalt trifft Schröder in der vielleicht schwierigsten Phase seiner Amtszeit. Der Nimbus der Ohnmacht, verbunden mit dem Makel einer furchtbaren Wahlniederlage, ist eine gefährliche Melange, die Schröder am Ende doch noch das Kanzleramt kosten könnte. Herausforderer Stoiber dagegen kann triumphieren. Nicht nur der Sieg an sich, auch die Verbindung mit der FDP ist in einem solchen Augenblick des schieren Erfolgs schon wie der Vorgeschmack auf den Großen Preis von Deutschland.

Handelsblatt

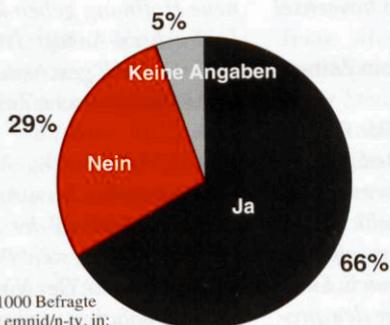
Stoiber und die Unionsparteien liegen in der Wirtschaftskompetenz vorne

Inzwischen glauben zwei Drittel aller Deutschen an einen Sieg von CDU/CSU und FDP bei der Bundestagswahl. Weniger als ein Drittel sind davon überzeugt, dass Rot-Grün noch einmal

die Regierung stellen wird. Das ergab eine emnid-Umfrage, die in der „Welt“ veröffentlicht wurde. Auch bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Kompetenz liegt Kanzlerkandidat Stoiber vor

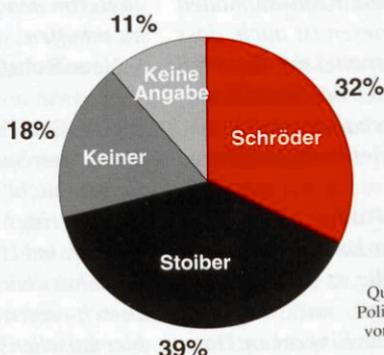
Schröder. Parallel dazu trauen die Menschen den Unionsparteien eine bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik zu als der SPD, wie das Meinungsforschungsinstitut dimap herausfand.

1. Rechnen Sie damit, dass ein Bündnis aus Union und FDP die rot-grüne Koalition im Herbst ablösen wird?



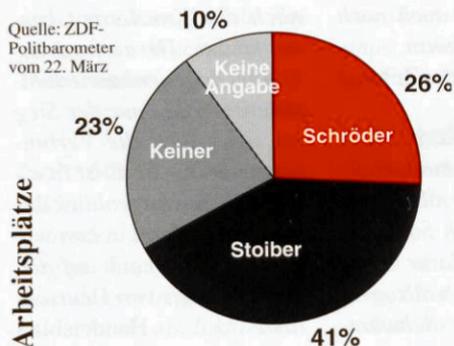
Basis: 1000 Befragte
Quelle: emnid/n-tv, in: Die Welt vom 15. April

2. Schröder oder Stoiber, wer löst die Probleme am besten?

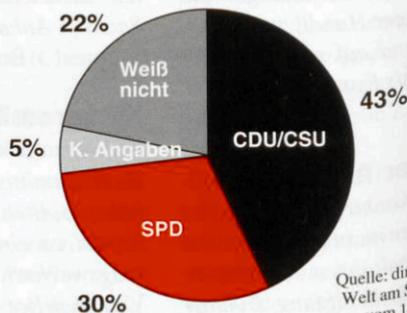


Quelle: ZDF-Politbarometer vom 22. März

3. Welcher Partei trauen Sie eine bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik zu?



Quelle: ZDF-Politbarometer vom 22. März



Quelle: dimap, in: Welt am Sonntag vom 14. April

Wirtschaft

Arbeitsplätze

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

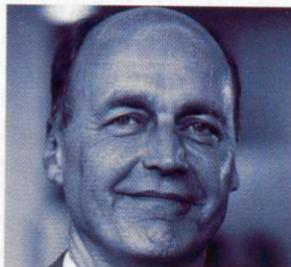
Ein **Armutszugnis** für die Regierung Schröder

Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt auch in diesem Jahr hinter den Erwartungen zurück. Wieder einmal mussten die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland nach unten korrigieren. Sie stellen damit neuerlich der Bundesregierung ein **Armutszugnis** aus.

Die Probleme sind hausgemacht. Während die USA und andere europäische Staaten einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung entgegensehen, trägt Deutschland weiterhin die rote Laterne in Europa. Unser Land profitiert nicht in gleicher Weise von der besseren Weltwirtschaftslage, weil sich die Schröder-Regierung als Bremsklotz erweist.

Krüppelwachstum von unter einem Prozent

Schröder hat es mit seiner Politik versäumt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine bessere Entwicklung zu schaffen. Statt



die Weichen auf Wachstum zu stellen, hat er die Investitionsbremse bedient: Bürokratische Hürden, steuerliche Benachteiligung der

kleinen und mittleren Unternehmen, Betriebsverfassungsgesetz und so weiter. Die Folge ist ein Krüppelwachstum von unter einem Prozent.

Es ist Zeit für eine neue Wirtschaftspolitik, die die Kräfte des Marktes freisetzt, Synergien nutzt und die Grundlage für mehr Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Die Union wird das ab dem 22. September 2002 in Angriff nehmen.

MATTHIAS WISSMANN:

Mit „ruhiger Hand“ **nichts** erreicht

Zum Frühjahrsgutachten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage stellt der amtierenden Bundesregierung ein eindeutiges Zeugnis aus: mangelhaft, Versetzung in die nächste Legislaturperiode ausgeschlossen.

Zwar sagen die Experten einen Konjunkturaufschwung auch in Deutschland voraus, allerdings kommt er später und schwächer als in anderen Ländern.

Die erhebliche zeitliche Verzögerung der Lage auf dem Arbeitsmarkt im Schlepptau der Konjunktur zeigt, dass ein deutlicher und nachhaltiger Abbau der Zahl der Arbeitslosen nicht durch eine Politik der „ruhigen Hand“ zu erreichen ist.

Wahl-Überraschung

■ Nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen gibt es keinen Zweifel: Die Franzosen vertrauen die Zukunft ihres Landes auch weiterhin Jacques Chirac an. Und: Die Wähler haben ein eindeutiges Signal gegen sozialdemokratische Politik in Frankreich gesetzt. **Peter Hintze**, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Jospin ist aus dem politischen Leben Frankreichs einfach hinweggefegt worden.“ Nach den Wahlen in Österreich, Italien, Dänemark, Norwegen und Portugal ist abzusehen: Der nächste Präsident kommt wieder aus dem bürgerlichen Lager.

Warum so großzügig?

■ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will von Bundeskanzler Schröder Einzelheiten zu der mit Russland Anfang April abschließend geregelten Tilgung des Transferrubel-Verrechnungsverkehrs wissen. Durch die Fortführung dieses Verrechnungsverkehrs der ehemaligen DDR mit den früheren RGW-Ländern waren bis Ende 1990 deutsche Guthaben in Höhe von rund 11,8 Milliarden Transferrubel entstanden. Noch im November 2000 hatte sich das Bundesfinanzministerium wegen des enormen wirt-

schaftlichen Potenzials Russlands gegen einen Erlass ausgesprochen. Jetzt hat sich Schröder mit lediglich 500 Millionen Euro, das sind 6,5 Prozent der ursprünglichen Forderungen, begnügt. Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien sind nicht so günstig weggekommen. **Dietrich Austermann**, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Hat Schröder einfach mies verhandelt?“

Völlig unverständlich

■ Aufgrund seiner Rohstoffvorkommen ist Russland ein reiches Land und erzielt mit Erdöl- und Erdgasexporten erhebliche Gewinne. Den Betrieben in Ostdeutschland war es nach der Wiedervereinigung kaum möglich, ausstehende Zahlungen auf den weggebrochenen Märkten einzutreiben. Die Folgen: höhere Bankschulden, schlechte Wettbewerbsfähigkeit, Firmenzusammenbrüche. **Günter Nooke**, Sprecher der Abgeordneten der neuen Länder in der CDU/CSU: „Der Schuldenerlass für Russland ist unverständlich, da nicht einmal Schröders Motive deutlich werden.“

Blendgranate

■ Um die Finanzierung kleinerer und mittlerer Betriebe

zu sichern, hat der Kanzler angekündigt, eine Mittelstandsbank zu gründen.

Gerda Hasselfeldt, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU: „Wieder einmal versucht Schröder mit großspurigen Ankündigungen von den Versäumnissen seiner Politik abzulenken. An Dreistigkeit nicht zu überbieten.“ Seit geraumer Zeit steht die Fusion von Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Deutscher Ausgleichsbank (DtA) auf der Tagesordnung, mit der die Mittelstandsförderung gebündelt werden soll. Sie ist an kleinkarierten Kompetenzstreitereien zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium gescheitert, ohne dass der Kanzler auch nur den Versuch gemacht hätte, dies zu verhindern.

Seltsames Geschenk

■ Die rot-grüne Regierungskoalition will mit einem bürokratischen Akt Auszubildenden, die sich nicht in einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis befinden und nicht durch Betriebsrat bzw. Jugend- und Auszubildendenvertretung vertreten werden, eine „besondere Interessenvertretung“ verschaffen. Betroffen sind vor allem Auszubildende in den neuen Bundesländern, in denen es die mei-

sten außerbetrieblichen Ausbildungsplätze gibt: rund 25 Prozent aller verfügbaren Plätze. In den alten Ländern liegt der Anteil bei 4 Prozent. „Der Regierungsvorschlag“, kritisiert der Bundestagsabgeordnete **Rainer Jork**, „ist aber leider ein Angebot, das das eigentliche Problem ostdeutscher Jugendlicher nicht löst: fehlende Lehrstellen.“ Denn anders, als Rot-Grün jetzt vorsieht, kann es eine sinnvolle Interessenvertretung nur in Betrieben des dualen Systems geben, in denen eine Identifizierung der Auszubildenden mit dem Betrieb möglich ist. „Anstelle scheidemokratischer und völlig unnützer Regelungen“ – so Jork – „ist eine vernünftige Berufsbildungspolitik nötig, der eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vorausgehen muss.“

Auf dem Abstellgleis

■ Ältere Menschen werden anders als früher die Zukunft maßgeblich mitgestalten. Sie wollen ihre Interessen und Vorstellungen offensiv vertreten, gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben und auch, wenn sie zur Teilhabe aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind, nicht ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden.

Maria Eichhorn, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU, wirft anlässlich der Vorstellung des vierten Altenberichts der Bundesregierung jedoch vor, „nichts unversucht gelassen zu haben, gerade Hochaltrige und Demenzkranke als kostenintensive Alte zu brandmarken“. Sie stellt die noch von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung ins Leben gerufenen Seniorenbüros dagegen, die eine Kooperation und Vernetzung der Anliegen älterer Menschen dauerhaft gewährleisten. Es sei daher dringend notwendig, diese Seniorenbüros in Deutschland „flächendeckend“ einzurichten.

Ableiten verordnet

■ Die dramatische Unterfinanzierung der Bundeswehr hat jetzt auch der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, **Rainer Hertrich**, festgestellt. Dazu erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, **Paul Breuer**: „Er hat leider recht. Das durch Rot-Grün kaltschnäuzig verordnete Ableiten Deutschlands in die sicherheitspolitische Mittelmäßigkeit schadet aber nicht nur industriepolitisch. Auch die transatlanti-

sche Zusammenarbeit mit den USA – nicht zuletzt im Kampf gegen den Terrorismus – nimmt Schaden.“

Eingeschwenkt

■ Das katastrophale Ergebnis der Sachverständigenanhörung zum Waffenrecht am 21. März hat offensichtlich die Bundesregierung zur Vernunft gebracht. Ihr jetzt vorgelegter Änderungsantrag berücksichtigt jedenfalls wichtige Punkte, die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den letzten Monaten immer wieder beanstandet worden sind. ■ So wird u.a. der Forderung der CDU/CSU entsprochen, auf die Pflicht der Vereine zu verzichten, auch inaktive Sportschützen zu melden. ■ Auch soll es die ständige Bedürfnisprüfung aller im Besitz von Sportschützen befindlichen Waffen nicht mehr geben. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Hartmut Koschyk**, Berichterstatter der Fraktion zum Waffenrecht: „Offensichtlich aus ideologischen Gründen hält Rot-Grün jedoch an der Abschaffung des so genannten Erbenprivilegs fest. Da diese Abschaffung jedoch keinerlei sicherheitspolitische Bedeutung hat, werden wir die Diskriminierung der Erben

von Schützen, Jägern und Sammlern nicht hinnehmen und die dazu erforderlichen Anträge stellen.“

Reform gescheitert

■ Nach wie vor fehlt Rot-Grün ein medienpolitisch und finanziell zufrieden stellendes Konzept für den deutschen Auslandsrundfunk. Die Ankündigung im Koalitionsvertrag von 1998 ist nicht eingehalten worden. Neugestaltung des deutschen Auslandsrundfunks und Novellierung des Deutsche-Welle-Gesetzes sind jetzt endgültig auf die Zeit nach der Bundestagswahl vertagt. Vor dem Hintergrund des finanziellen Kahlschlags bei der Deutschen Welle, deren Etat in dieser Legislaturperiode schrittweise von 635 Millionen Mark auf 564 Millionen Mark gekürzt worden ist, erklärte **Bernd Neumann**, Obmann der CDU/CSU für Kultur und Medien: „Das Scheitern des wichtigen medienpolitischen Reformvorhabens ist um so schlimmer, als andere Länder zur gleichen Zeit die Mittel für Auslandsrundfunk deutlich erhöhen und die Möglichkeiten der Nachrichtengebung ins Ausland ausbauen.“ Irritation hat die Aussage der Bundesregierung ausgelöst, wonach ein im Rahmen des

Programms der Deutschen Welle vorgesehener Dialog durch eine Neudefinition des Programmauftrags auch im Inland möglich sein soll. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar: Der Bund hat nur eine Kompetenz für den Auslandsrundfunk. Rundfunk im Inland ist Ländersache.

Drogenanbau beenden

■ Mittlerweile werden wieder ungefähr 90 Prozent des in Europa verkauften Heroins aus afghanischem Opium bzw. Schlafmohn gewonnen. Drogenanbau und Drogenhandel, die während der internationalen Militärintervention kurzzeitig zurück gingen, erreichen frühere Ausmaße. **Jürgen Hedrich**, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Es ist absolut inakzeptabel, wenn mit unseren Steuergeldern ein neuer Boom der Produktion todbringender Drogen gefördert wird. Ich begrüße zwar die Ankündigung der Übergangsregierung von Ministerpräsident Karsai, die gesamte diesjährige Schlafmohnernte zu vernichten. Ich vermisse aber die Bereitschaft der Schröder-Regierung, dieses Bemühen z.B. mit entwicklungspolitischen Maßnahmen zu flankieren.“ Auch stellt sie nicht klar, dass nur

eine kompromisslose Anti-Drogen-Politik unverzichtbare Bedingung für die Fortführung entwicklungspolitischer Hilfe ist.

Folgerungen aus Djerba

■ Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich der Tourismus-Ausschuss des Deutschen Bundestags mit den Auswirkungen des Terroranschlags auf der tunesischen Ferieninsel Djerba befasst. **Klaus Brähmig**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU: „Es ist deutlich geworden, wie wichtig eine offene Informationspolitik der Länder ist, die Zielgebiete des internationalen Tourismus sind. Schnelle und umfassende Bereitstellung von Fakten und Hintergründen derartiger Vorfälle sind unverzichtbar, wenn das Vertrauen der Touristen und die Attraktivität ganzer Regionen nicht Schaden nehmen soll.“ Die deutschen Reiseveranstalter fordert Brähmig auf, die Erfahrungen in Tunesien zum Anlass zu nehmen, in den Reiseunterlagen künftig auch auf die Telefonnummern des Auswärtigen Amts hinzuweisen, unter denen Auskünfte über die Sicherheitslage des betreffenden Urlaubslandes zu erhalten sind.

„HINTER SCHLOSS und Riegel“ sollen in Hessen künftig gefährliche Gewalttäter auch nach Verbüßung ihrer Strafe bleiben, wenn sie sich im Strafvollzug als nicht therapierbar erweisen. Das sieht eine Gesetzesinitiative der Landesregierung vor. „Das geltende Strafrecht“, erläutert Justizminister Christian Wagner, „schützt die Bürgerinnen und Bürger vor gefährlichen Straftätern, insbesondere vor Sexualstraftätern nur lückenhaft.“

DER ATTRAKTIVSTE Standort in Deutschland ist Frankfurt am Main. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags unter 20.000 Unternehmen. Berlin liegt auf Platz 59 von insgesamt 69 Städten. Im Ganzen bewerteten die Unternehmen die Standortbedingungen in Deutschland nur mit „befriedigend“. DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben: „Für ein Hochlohnland zu wenig.“

EINE ERNSTE Warnung vor Engpässen in der Rentenkasse hat der Bundesrechnungshof an den Haushaltsausschuss des Bundestags gerichtet. „Die Gefahr, dass zur Überbrückung eines unvorhergesehenen Finanzierungsdarfs nicht ge-

nügend Mittel kurzfristig verfügbar sind, ist deutlich höher geworden“, heißt es in einem Bericht der Behörde. Seit Januar ist die Reserve der Rentenkasse um 20 Prozent von 15,4 auf 12,3 Milliarden Euro geschmolzen.

IM STICH GELASSEN fühlen sich immer mehr Menschen bei der Alterssicherung. Das meinen 60 Prozent, die das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) gefragt hat. Ein halbes Jahr zuvor waren es noch 52 Prozent. 82 Prozent sehen eine ausreichende Absicherung im Alter nur durch private Vorsorge gewährleistet. Dennoch wollen 71 Prozent der Befragten keinen Abschluss über eine solche Zusatzversicherung vornehmen.

EINEN STOPP des Zwangspfands fordert nach einer entsprechenden Stellungnahme der Umwelteisen nun auch der Bundesverband der Handelsverbände (BDH). Sprecher Hubertus Pellengahr: „Wir appellieren an Trittin, den Pfandmechanismus nicht in Gang zu setzen.“

ERNEUT DEUTLICH angestiegen ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerer. 182.420 junge Männer ha-

ben 2001 auf die Einberufung zur Bundeswehr mit Ablehnung reagiert: 10.000 mehr als im Jahr zuvor.

GESTRICHEN WERDEN sollen auf Verlangen des Bundesrechnungshofs, des Bundes der Steuerzahler und des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundestags 180 der 206 Fahrer-Stellen von Bundesministerien mit Dienstsitz in Bonn. Begründung: Die Fahrer kosten viel und leisten wenig. Bleiben sollen nur die Chef-Fahrer von Ministern und Staatssekretären sowie diejenigen, deren Bedarf durch Wirtschaftlichkeitsberechnungen nachgewiesen ist.

EIN „BRENNENDES“ Problem hat die Musikwirtschaft. Es wurde noch nie so viel Musik gehört wie heute, nur nicht gekauft, weil das Kopieren so einfach und billig ist: für die Musikszene in Deutschland „existenzbedrohend“. Entsprechend ist der Umsatz um mehr als zehn Prozent gesunken. Eine Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ergab: ■ 17,1 Millionen Deutsche kopierten Musik auf 182 Millionen CD-Rohlinge. ■ Knapp fünf Millionen luden 492 Millionen *songs* meist illegaler Angebote aus dem Internet. **UD**

Weil wir so viel erreicht haben, können wir diesem Gesetz **zustimmen**

Die Parteispendenaffären der Vergangenheit und der Gegenwart haben Vertrauen gekostet. Wenn wir dieses Vertrauen zurückgewinnen wollen, dann genügen nicht Worte, Rhetorik und Gesten, sondern dann müssen Konsequenzen gezogen werden.

Ehrliche Konsequenzen beziehen sich auf zwei Bereiche, erstens auf die Aufklärung von Verstößen und Parteispendenaffären. Weil das so ist, bedauern wir die mangelnde Aufklärungsbereitschaft der SPD im Hinblick auf ihre Parteispendenaffäre in Nordrhein-Westfalen. Nach aller Lebenserfahrung gibt es nämlich nur eine Alternative, was das Verhalten von Generalsekretär Müntefering anbelangt:

■ Entweder hat Generalsekretär Müntefering bewusst gelogen ■ oder er hat sein Nichtwissen bewusst organisiert. Lügen oder vereiteln, dass die Wahrheit ans Licht kommt, steht politisch, moralisch und rechtlich auf der gleichen Stufe und ist in gleicher Weise verwerflich.



Herr Müntefering hat ja schon einmal eine Falschaussage gemacht: vor der Bundespressekonferenz im Jahr 1998. Diese Falschaussage erfolgte nach Auffassung der Mitglieder der Bundespressekonferenz entweder wider besseres Wissen oder aus Unkenntnis – eine auffällige Parallele im Verhalten von Generalsekretär Müntefering. Er hat sich, nachdem dies herausgekommen war, wie folgt geäußert: „Ich bin eben eine Art Indianer, der manchmal Spuren verwischt.“

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck hatte Verständnis für die Zwickmühle, in die Müntefering geraten war: „Ein Bundesgeschäftsführer muss auch einmal entgegen seinen eigenen Erkenntnissen etwas verkünden, was nicht ganz

der Wahrheit entspricht, wenn es der Partei dient.“

Man schafft es durch kein Parteiengesetz, diese Einstellung zu sanktionieren; das muss vielmehr der Bürger übernehmen. Er hat bald Gelegenheit dazu, nämlich am 22. September.

Es müssen Konsequenzen aus den Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Regelung der Parteienfinanzierung gezogen werden. Das Parteiengesetz, das wir jetzt beschließen, wird dieser Anforderung gerecht.

Am Ende eines langen Diskussionsprozesses steht ein gemeinsamer Gesetzesentwurf. Es war die CDU/CSU-Fraktion, die durch ihre Initiative im vergangenen Sommer ein parlamentarischeres Verfahren erzwingen hat.

In der Sache ziehen wir Konsequenzen in drei Bereichen: ■ bei den Spenden, ■ bei den Sanktionen und ■ bei der wirtschaftlichen Betätigung. Ich betone, dass Spenden nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erwünschte politische Betätigung der Bürger sind. Das Verfas-

sungsgericht wünscht, dass Parteien in der Bevölkerung verankert sind.

Wir haben aber auch bei den Spenden für Transparenz gesorgt:

■ Barspenden über 1 000 Euro sind verboten, Großspenden müssen unverzüglich veröffentlicht werden, und Parteien ist es in Zukunft verwehrt, über den Umweg öffentlicher Unternehmen an Parteien zu spenden.

■ Wir brauchen – auch das ist unsere Forderung im Gegensatz zum Koalitionsentwurf – ein lückenloses Sanktionssystem bei Verstößen gegen das Parteiengesetz. Im Koalitionsentwurf gab es dieses lückenlose Sanktionssystem nicht. Die Sanktionen reichen von finanziellen Maßnahmen bis zur Strafbarkeit. Die Strafbarkeit unterstreicht die Bedeutung des Rechtsgutes der Transparenz. Sie erfasst präzise die schweren Verstöße. Aber sie stellt andererseits sicher, dass nicht ehrenamtliche politische Tätigkeit unter Generalverdacht gestellt wird.

■ Der dritte Punkt, bei dem unbedingt Konsequenzen gezogen werden mussten: Es geht um den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung. Die wirtschaftliche Betätigung der Parteien war bislang völlig unregelt.

Das hat sich grundlegend geändert. Wir sind der Auffassung, dass sich Parteien nicht als Medienunternehmer betätigen sollten. Die Presse hat die Funktion öffentlicher Kritik und Kontrolle. Daher kann es nicht richtig sein, dass die zurzeit größte Regierungspartei einer der größten Medienunternehmer des Landes ist. Frau Wettig-Danielmeier hat im Untersuchungsausschuss den Wert allein der Medienbeteiligungen der SPD mit 750 Millionen DM angegeben. Die Auflage der Tageszeitungen, an denen die SPD beteiligt ist, beträgt 2,5 Millionen.

Es kann doch nicht richtig sein, dass sich die Parteien, die durch die Presse kontrolliert werden sollen, ihre Kontrolleure kaufen!

Wir sind der Auffassung, dass hier eine grundsätzliche Trennung erfolgen muss: Aber CDU/CSU und FDP haben nicht die Mehrheit im Parlament.

Warum wir, obwohl wir in der Grundsatzfrage einen Dissens haben, dem Gesetzentwurf zustimmen können: weil wir, was das Verhältnis von Parteien, Presse und Öffentlichkeit anbelangt, das Minimum erreicht haben, das Minimum ist Transparenz.

Das bedeutet, dass wenigstens nicht mehr mit ver-

decktem Visier gearbeitet werden kann, dass die Bürger über diesen Sachverhalt informiert werden. ■ Erstmals müssen Einnahmen aus Unternehmensbeteiligungen angegeben werden. ■ Erstmals ist im neuen Parteiengesetz eine Vermögensbilanz mit Erläuterungsteil vorgesehen. In diesem Erläuterungsteil muss die SPD wie eine Kapitalgesellschaft Angaben über ihre mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen machen: über Höhe des Anteils und des Eigenkapitals und über das Ergebnis aus dem letzten Geschäftsjahr.

Sie muss darüber hinaus die Unternehmensbeteiligungen im Bereich von Medienunternehmen angeben, und sie muss nach dem neuen Gesetz darlegen, welche Zeitungen die Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, herausgeben. Darüber hinaus muss alle fünf Jahre der wirtschaftliche Wert der Unternehmensbeteiligungen bewertet werden. Die Bevölkerung wird nicht mehr mit Angaben über Buchwerte, die nicht realistisch sind, abgespeist, sondern erhält einen Einblick in den wirtschaftlichen Wert der Unternehmensbeteiligungen.

Weil wir so viel erreicht haben, können wir diesem Gesetz zustimmen.

Betriebsratswahlen sind so **wichtig** wie politische Wahlen

Günter Back: Wenn man die mögliche Zahl der wahlberechtigten Arbeitnehmer berücksichtigt, die alle vier Jahre aufgefördert sind, einen Betriebsrat zu wählen, dann kann man diese Aussage nur unterstreichen. Leider werden Betriebsratswahlen und damit auch die politische Arbeit von Betriebsräten außerhalb der Betriebe und Gewerkschaften kaum beachtet.



Günter Back ist stellvertretender Geschäftsführer des Betriebsrats und Vorsitzender der CDA-Betriebsgruppe in der Thyssen-Krupp Stahl AG, Werksbereich Duisburg Hamborn/Beeckerwerth: mit 13.700 Belegschaftsmitgliedern der größte Stahlstandort in Deutschland

Günter Back: ■ Zunächst einmal müssen sich alle Neugewählten mit den Veränderungen im Betriebsverfassungsgesetz vertraut machen. ■ Aber auch die Internationalisierung der Wirtschaft stellt ganz neue Herausforderungen. In einer Zeit, in der Konzerne und Betriebe – und damit auch deren Belegschaften – zum Spielball von Analysten und Bankern geworden sind, genügt es längst nicht mehr, sich nur um die betrieblichen Probleme zu kümmern. Das heißt: Betriebsräte müssen sich neben dem Tagesgeschäft auch mit Unternehmens-

Frage: Angela Merkel und Hermann-Josef Arentz haben gesagt: „Betriebsratswahlen sind so wichtig wie politische Wahlen.“ Inwiefern?

Roselinde Simm: In unserer Firma stehen Heiner Sefranek, Inhaber der Mustang-Gruppe, und die gesamte Betriebsleitung sehr positiv zum Betriebsrat, da sie wissen, dass es dem Betriebsrat um das Wohl der Firma und der Mitarbeiter geht. Deshalb ist die politische Heimat der Betriebsräte ein nicht zu unterschätzendes Kriterium. „So wichtig wie politische Wahlen“ – für die Firmen und für die Belegschaft stimmt das schon. Den Betriebsrat wählt man für vier Jahre, und jeder hat dann die Betriebsräte, die er gewählt hat. Wie bei politischen Wahlen. Ob das dann für manche Firmen gut ist, ist sicher oft die Frage. Nicht alle sehen das Wohl der Firma und der Mitarbeiter im Vordergrund. Sicher sind auch Vorteile – z.B. Kündigungsschutz – bei manchem ein kleiner Hintergedanke.

Frage: Welche Herausforderungen kommen auf die neuen Betriebsräte, die jetzt gewählt werden, zu?

Roselinde Simm: In immer härter werdenden Zeiten, speziell nach der Einführung des Euro, sind jetzt die Tarifverhandlungen ein wichtiger Punkt. Wieviel soll gefordert werden? Im Prinzip wissen die Kollegen, dass die Forderung von 6,5 Prozent zu hoch ist und nicht erreicht werden kann. Wie sollen Familien aber überleben? Wir bräuchten keine 6,5-Prozent-Forderungen, wenn Steuern und sonstige Abgaben um 6,5 Prozent gesenkt würden. Die Lebenshaltungskosten laufen seit Beginn des Jahres davon. Ganz gleich, wo und was

Konzepten und -Strategien, Geschäftsberichten, betriebswirtschaftlichen Fragen und dem Thema Sozialabbau auseinander setzen. ■ Auch die neuen Beteiligungsformen der Mitarbeiter – angefangen bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis hin zur Beteiligung am Unternehmensgewinn und zur Ausgabe von Belegschaftsaktien – sind neue Aktionsfelder.

Günter Back: Betriebsräte haben meiner Meinung nach überhaupt nur eine Chance, den genannten Aufgaben gewachsen zu sein: nämlich durch die Mitgliedschaft in einer starken Gewerkschaft. Nur gemeinsam mit Gewerkschaft und Belegschaft erreichen Betriebsräte etwas. Mit anderen Worten: Ich bin davon überzeugt, dass ein hoher Organisationsgrad der Belegschaft Grundvoraussetzung für erfolgreiche Betriebsratsarbeit ist.

Günter Back: Von der CDU erwarte ich, dass sie wieder eine größere Nähe zu den Arbeitnehmern sucht. Die Kritik an den Veränderungen im Betriebsverfassungsgesetz hat kaum einer verstanden. Und die Aussage, eine CDU-geführte Regierung würde Teile davon wieder rückgängig machen, kann man nicht als vertrauensbildende Maßnahme ansehen. Wir müssen den Geruch los werden, vor allem eine arbeitgeberfreundliche Partei zu sein.

ich einkaufe: es ist alles teurer geworden. Ich kenne niemanden, der mir sagt: „Ist billiger geworden.“

Roselinde Simm ist Betriebsratsvorsitzende des Werks Künzelsau der MUSTANG Gruppe (Jeans), die – mit vier eigenen Produktionsbetrieben – in zehn Ländern der Welt rund 1.600 Mitarbeiter beschäftigt



Frage: Was können sie, die Betriebsräte tun, um zum Beispiel auf den Aktionsfeldern, die Sie zuletzt nennen, erfolgreich zu sein?

Roselinde Simm: Wir in Hohenlohe sind z.B. für die Fahrt in die Firma auf das Auto angewiesen. Ohne Auto kann ich nicht arbeiten. Die Benzinpreise gehen derart in die Höhe, dass ich mir bei jedem Kilometer sehr genau überlege, ob er nötig ist. Die Fahrzeiten der Busse sind nicht für die Berufstätigen gemacht, sondern dienen hauptsächlich der Schülerbeförderung. In beiden Fällen können Betriebsräte nur sehr wenig ausrichten.

Frage: Welche Art von Hilfe und Unterstützung erwarten Sie von der CDU bei der Lösung arbeitnehmerspezifischer Probleme?

Roselinde Simm: Die CDU kann nicht einfach sagen, dass die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes wieder rückgängig gemacht werden. Es kann einiges verbessert werden – aber bitte nicht pauschal alles. Daran werden auch Betriebsräte gemessen, und ich will nicht immer nur angegriffen werden. Die CDU-Spitze täte vielmehr gut daran, sich um die tatsächlichen Fragen in den Betrieben zu kümmern. Wer hat sich schon dafür interessiert, dass die Textil- und Bekleidungsindustrie nahezu ausgestorben ist? Die Textiler selber waren still, weil dort hauptsächlich Frauen arbeiten. Und so wurde das Übel einfach totgeschwiegen.

CDA

Große Zustimmung zu unserer Initiative

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für ein Bündel von Maßnahmen zur Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ein.

In einem auf Initiative der Arbeitnehmergruppe beschlossenen Antrag fordert die Fraktion unter anderem eine deutliche Anhebung der Einkommensgrenzen nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz ein. Um auch die Vermögensbildungsförderung altersvorsorgerecht auszugestalten, soll die Arbeitnehmersparzulage für langfristige Anlagen erhöht werden. Für die neuen Länder

soll weiterhin ein höherer Fördersatz als im Westen gelten, und der Steuerfreibetrag für betriebliche Mitarbeiterbeteiligungen soll erhöht und möglichst in eine Zulagenregelung umgewandelt werden.

Die schriftlichen Stellungnahmen zur Anhörung zum Antrag zeugen von einem hohen Maß an Zustimmung. So schließen sich der Forderung nach Anhebung der Einkommensgrenzen sowohl die Gewerkschaften – Christlicher Gewerkschaftsbund und Deutscher Gewerkschaftsbund – als auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an. Auch der Vorschlag,

den höheren Fördersatz für die neuen Bundesländer auch über 2004 hinaus zu gewähren, wird weitgehend geteilt.

Unterstützung findet darüber hinaus die Anregung, auch im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes Langfristigkeit zu belohnen, um die Vorsorge fürs Alter zu stärken. In Stellungnahmen der Verbände wird auch auf Schwächen der Förderung z.B. durch die Riester-Rente hingewiesen. Der CGB beklagt „Kompliziertheit und bürokratische Belastung“, der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft fordert, die Zulagen schneller zu erhöhen.

Günter Back: Leider gibt es in kleinen Unternehmen immer noch viele negative Beispiele dafür, dass Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen, von ihren Arbeitgebern daran gehindert werden. Solange die Politik nichts dagegen unternimmt, wird der Ruf nach mehr Betriebsräten vergeblich bleiben. Hier bietet sich deshalb für CDU-Politiker die Gelegenheit, in ihrem Wahlkreis – vor Ort – ganz konkret Arbeitnehmerbelange wahrzunehmen.

Frage: *Wie macht man am besten die Aufforderung an Kolleginnen und Kollegen wirksam, sich als Kandidatin und Kandidat zur Wahl zu stellen?*

Roselinde Simm: Das geht nur über die eigene Person und durch den Appell an das Verantwortungsbewusstsein der Kollegen und Kolleginnen. Ich selber habe die Kolleginnen und Kollegen angesprochen und habe keine Absage bekommen. Bei uns in der Firma gibt es sogar etwas, was man mit „Ich bin stolz darauf, im Betriebsrat zu sein“ umschreiben kann.

WAHLKREIS 300

der erste virtuelle Wahlkreis D

www.wahlkreis300.de

Diskussionen und Abstimmungen, Flugblätter und Plakate, Parteispenden und Spin-Doctors. Der Wahlkampf tobt und Du bist mitten drin!



UNION BAUT VORSPRUNG IM INTERNET AUS

World Wide Wahlerfolg

Die CDU hat nicht nur in der aktuellen Demoskopie einen großen Vorsprung vor allen anderen Parteien, sondern auch im Web.

Beim großen Internet-Test aller Bundestagsparteien durch www.politik-digital.de konnte die Homepage der CDU-Bundesgeschäftsstelle www.cdu.de ihren ersten Platz behaupten. „Die beste Website, eine führende Kampagnenseite, viel Erfahrung im Bereich Intranet, personalisierte Formen der Mitgliederansprache, und kein bisschen müde“, so lautet das Fazit von Deutschlands prominentestem Politikportal.

Im jetzigen Bundestagswahlkampf ist die preisgekrönte CDU-Homepage nur eines von vielen Instrumenten der Union: Erfreulich große Resonanz erfährt unsere Seite www.wahlkafkten.de, mit der wir regel-

mäßig falsche SPD-Behauptungen in kürzester Zeit widerlegen. Inzwischen haben über 1 900 Journalisten und interessierte Bürger unseren Rapid-Response-Newsletter abonniert.

Ein Service, dem die SPD nichts entgegen zu setzen hat

Immer wieder berichten die Medien über diesen einmaligen und erfolgreichen Service, dem die SPD nichts entgegenzusetzen hat. Daneben versorgt das Kandidatennetz der CDU unter www.kandinet.de alle Wahlkämpfer umfassend mit Informationen – ebenso wie sich alle Interessierten unter www.stoiber.de über den Kanzlerkandidaten der Union informieren können.

Seit neuestem steht ein weiteres Wahlkampf-Tool

bereit: Unter www.wahlkreis300.de findet parallel zum Bundestagswahlkampf ein vollständig simulierter Wahlkampf im Internet statt. Ob die Diskussion um die besseren politischen Konzepte oder die Konzeption einer Pressekampagne: Die Wahlkampfarbeit unterscheidet sich durch nichts von der in den 299 realen Wahlkreisen Deutschlands. Ziel dieses neuen Angebots ist es, vor allem jüngere Wählergruppen anzusprechen. Bis Ende April befindet sich die Seite im öffentlichen Betatest, danach geht der Wahlkampf im Netz richtig los!

Bei allem Stolz angesichts der realen Erfolge der CDU im Web gilt: So überlegen die Union den anderen Parteien im Internet ist, die Bundestagswahl wird nach wie vor in der realen Welt gewonnen.

UD

INFORMATIONSMATERIALIEN/WERBEARTIKEL

--	--	--	--

Bestellschein
- Werbematerialien -

Absender/KV-Nr.
Rechnungsanschrift

Bertelsmann Distribution GmbH

- IS-Versandzentrum -

Postfach 1162

33759 Versmold

Fax: 0 52 41-8 04 18 92

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

BESTELLSCHNEINE

Bestell-Nr.	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Anzahl	Preis

Datum

Unterschrift

CANVASSING-STAND

--	--	--	--

Bestellschein
- Außenwerbemittel -

Absender/KV-Nr.
Rechnungsanschrift

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Fax: 0 30-2 20 70-3 89

CDU-Verband _____
Ansprechpartner _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Tel.-Nr. _____

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

CDU-Verband _____
Ansprechpartner _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Tel.-Nr. _____

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

BESTELLSCHNEINE

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	Canvassing-Stand aus witterungsbeständigen Kunststoff <ul style="list-style-type: none"> ■ bestehend aus Vorderfront und 2 Seitenteilen – faltbar ■ Thekenplatte mit 2 Bohrlöchern/wahlweise für Aufsatz-Panel oder CDU-Sonnenschirm ■ (2 Einlegeböden mit je 2 Bohrlöchern Außenmasse: Breite 0,79 m x Höhe 0,90 m x Tiefe 0,49 m 	125,30 € (145,35 €)	
	Aufsatz-Panel Panel aus Kunststoff und 6-teilige Haltestangen	36,80 € (42,69 €)	
	Tragetasche aus schwarzen Nylon und rundumlaufenden Reißverschluss für den kompletten Stand inkl. Aufsatz	45,50 € (52,78 €)	

- für Handling und Lagerung zzgl. 5,11 pro Bestellung
- Normalversand (innerhalb einer Woche) zzgl. ca. 7,67
- Eilversand (über Nacht) zzgl. ca. 15,34

Datum _____ Unterschrift _____



**Broschüre Senioren-Union
„Wir setzen Zeichen“**

Best.-Nr.: 5870

20 Expl.: 10,00 €

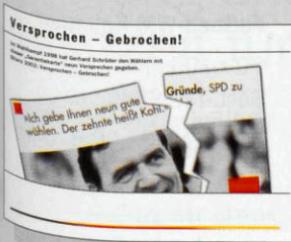
(10,70 €)



**Leporello „Finanzen –
Kommunen stärken“**

Best.-Nr.: 2850

100 Expl.: 15,00 € (16,05 €)



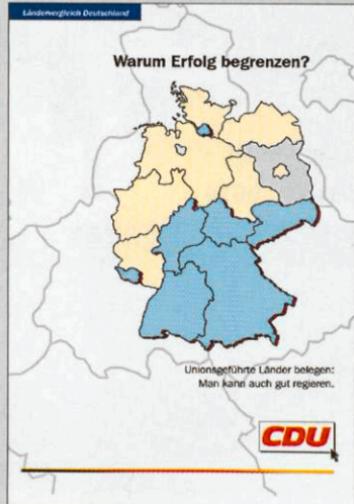
Klappkarte

„Versprochen – Gebrochen“

Die 9 Wahlversprechen der SPD

Best.-Nr.: 9864

100 Expl.: 6,90 € (8,00 €)



Faltplan „Ländervergleich“

Unionsgeführte Länder belegen:

Man kann auch gut regieren

Best.-Nr.: 2865

50 Expl.: 15,25 € (16,32 €)



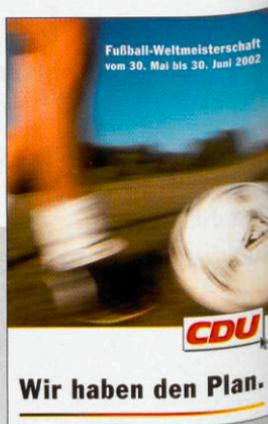
Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Lederfußball

Best.-Nr.: **9614**

1 Expl.: 13,20 € (15,30 €)



Fußball-WM-Kalender

70 x 105 mm

Best.-Nr.: **9849**

500 Expl.: 23,00 € (26,68 €)

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.